

Wirtschaft



Sozial & Sicher Immer mehr Fälle von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz landen vor Gericht. Die Firmen stehen in der Pflicht. 33

Millionen für Vasella

Verwaltungsrat gerät unter Druck

Der Unmut über Daniel Vasellas 72 Millionen Franken richtet sich auch gegen die zwölf Mitglieder des Novartis-Verwaltungsrats. Dies beeinträchtigt ihren Ruf. Juristisch haben sie weniger zu fürchten.

Von Iwan Städler

Daniel Vasella konnte sich die 72 Millionen Franken, die er fürs Einhalten des Konkurrenzverbots erhält, nicht selbst bewilligen. Dafür brauchte er das Ja des Verwaltungsrats. Und dieses ist laut Novartis-Sprecher Michael Schiendorfer einstimmig ausgefallen. Offenbar hatte niemand den Mut, sich dem scheidenden Verwaltungsratspräsidenten entgegenzustellen. Warum nicht? Die Antwort bleiben die neun Herren und zwei Damen schuldig. Keines der vom TA kontaktierten Verwaltungsratsmitglieder wollte sich gestern dazu äussern.

Doch der Druck auf sie wächst, denn die Kritik aus Wirtschaft und Politik ist gross. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Verwaltungsrat auf die Idee kommt, ein solches Vergütungspaket zu diskutieren, geschweige denn zu bewilligen», empört sich Gerold Bühler, ehemaliger Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, in der «SonntagsZeitung». Der Novartis-Verwaltungsrat habe die von Wirtschaft und Politik erarbeiteten Grundsätze der Unternehmensführung massiv verletzt. Komme er nicht auf die Vereinbarung zurück, schade er sich selber und der Glaubwürdigkeit des Unternehmens. Es stelle sich, so Bühler, «die Frage nach der Verantwortlichkeit».

Aktionärsschützer Hans-Jacob Heitz reicht gar eine Strafanzeige ein. Und Paolo Bernasconi - der ehemalige Tessiner Staatsanwalt und Mitstreiter von Thomas Minder - ruft in der «SonntagsZeitung» die Basler Staatsanwaltschaft auf, wegen ungetreuer Geschäftsführung zu ermitteln. Auch FDP-Präsident Philipp Müller will geklärt haben, was im Verwaltungsrat genau vorgegangen sei. Es liege unter anderem an den Pensionskassen, dies nun zu verlangen. Je nach Resultat seien personelle Konsequenzen zu ziehen. SP-Präsident Christian Levrat hofft derweil, das Managerkartell aufbrechen zu können, das sich gegenseitig Privilegien zuschanze.

Decharge verweigern

Die Anlagengestiftung Ethos und die Aktionärsvereinigung Actares wollen an der Generalversammlung vom kommenden Freitag dem Novartis-Verwaltungsrat die Decharge verweigern. Die beiden Organisationen vertreten aber nur wenige Prozent der Aktien. Andere, gewichtigere Aktionäre haben bereits elektronisch abgestimmt, bevor Vasellas 72-Millionen-Paket bekannt wurde. Dies schmälert die Chancen einer Dechargeverweigerung durch die Generalversammlung.

Auch die Wahrscheinlichkeit einer Verantwortlichkeitsklage schätzt Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Uni Bern, nicht sonderlich hoch ein. Denn bei einem solchen Verfahren trägt der klagende Aktionär das ganze Risiko der Prozesskosten, während bei einem Sieg das strittige Geld ans Unternehmen geht (siehe Interview).

Relevanter ist für die Novartis-Verwaltungsräte das Reputationsrisiko - zumindest für jene, die in der Schweiz tätig sind, wo der Unmut besonders gross ist. Diese Herren werden nun von Wirtschaftskollegen dafür verantwortlich gemacht, dass die Abzockerinitiative höchstwahrscheinlich angenommen wird. FDP-Präsident Philipp Müller befürchtet gar, dass der Fall Vasella weit über den 3. März hinaus wirken und zu weiteren Regulierungen führen werde.

Laut einer Isopublic-Umfrage im Auftrag des «SonntagsBlicks» sind derzeit 57 Prozent für die Abzockerinitiative. 37 Prozent sind dagegen und 6 Prozent noch unentschieden. Die Umfrage wurde grösstenteils vor Bekanntwerden des 72-Millionen-Pakets durchgeführt.



Daniel Vasella
Der 59-jährige Schweizer ist seit 1999 Präsident des Verwaltungsrats. Der Doktor der Medizin sitzt auch in den Verwaltungsräten von PepsiCo und American Express.



Ulrich Lehner
Der 66-jährige Deutsche ist Vizepräsident und seit 2002 im Verwaltungsrat. Er sitzt auch im Vergütungsausschuss, der für die Saläre zuständig ist.



Dimitri Azar
Der 53-jährige Amerikaner sitzt seit Februar 2012 im Verwaltungsrat. Er ist Dekan des College of Medicine und Professor für Augenheilkunde an der Uni of Illinois.



William Brody
Der 68-jährige Amerikaner wurde 2009 in den Verwaltungsrat gewählt und sitzt im Vergütungsausschuss. Der Professor lehrte Radiologie an der Stanford-Universität.



Srikanth Datar
Der 59-jährige Amerikaner ist seit 2003 Verwaltungsrat. Der Wirtschaftspräsident der Harvard-Universität sitzt auch im Vergütungsausschuss.



Ann Fudge
Die 61-jährige Amerikanerin wurde 2008 in den Verwaltungsrat gewählt. Sie sitzt auch in den Verwaltungsräten von General Electric und Unilever.



Pierre Landolt
Der 65-jährige Schweizer ist seit 1996 im Verwaltungsrat. Er präsidiert die Sandoz-Familienstiftung und ist auch Verwaltungsrat von Syngenta.



Enrico Vanni
Der 61-jährige Schweizer wurde 2011 in den Verwaltungsrat gewählt. Der einstige McKinsey-Direktor ist Vorsitzender des Vergütungsausschusses.



Andreas von Planta
Der 57-jährige Schweizer sitzt seit 2006 im Verwaltungsrat. Der Anwalt ist Präsident der Nationale-Suisse-Versicherungen und Verwaltungsrat von Holcim.



Wendelin Wiedeking
Der 60-jährige Deutsche ist seit 2003 Verwaltungsrat. Der Ex-Chef von Porsche bezog einst ein Jahresgehalt von über 77 Millionen Euro. Nun startet er eine Restaurantkette.



Majorie Yang
Die 60-jährige Chinesin wurde 2008 in den Verwaltungsrat gewählt. Sie ist Präsidentin der Esquel Group in Hongkong, die Baumwollshirts herstellt.



Rolf Zinkernagel
Der 68-jährige Schweizer ist seit 1999 Verwaltungsrat. Er war Direktor des Instituts für Experimentelle Immunologie der Uni Zürich und erhielt 1996 den Nobelpreis.

Analyse Economiesuisse ist mit der Abzockergemeinde verbandelt. Von Bruno Schletti

Sie geben sich empört

Nach dem neusten Millionencoup Daniel Vasellas versuchen die Wirtschaftsvertreter des Landes, sich in Aufgebrachtheit zu überbieten. Rudolf Wehrli, Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, gibt sich «zutiefst empört». Sein Vorgänger im Amt, Gerold Bühler, ist «zutiefst verärgert». Und der Direktor des Verbandes, Pascal Gentinetta, kann verstehen, «dass die Nachricht eine Empörungswelle ausgelöst hat».

Man beachte die sprachliche Nuance: Während Letzterer die Empörung anderer nachvollziehen kann, scheinen Erstere persönlich erschüttert zu sein. Fragt sich nur, worüber. Ist es der hohe zweistellige Millionenbetrag, der Wehrli und Bühler empört? Ist es die Tatsache, dass sich Vasella das Geld für ein Konkurrenzverbot auszahlen lassen will? Oder ist es am Ende der Frust darüber, dass das Bekanntwerden des dreisten Coups die Herren zwei Wochen vor der Volksabstimmung über die Abzockerinitiative auf dem falschen Fuss erwischte?

Die Selbstbedienungsmentalität der Managergilde ist spätestens seit dem Abgang von Percy Barnevik bei ABB ein Dauerthema. Vor gut zehn Jahren erfuhr die Öffentlichkeit, dass sich der Schwede 148 Millionen Franken Pensionsgeld mit auf den Weg geben liess. Die Liste jener Unternehmen, die seither Manager mit goldenen Fallschirmen verabschiedet haben, ist lang. Noch länger ist die Reihe der Chefs, die Jahr für Jahr - bei guter und bei schlechter Leistung - mit Millionen abgezogen werden.

Bei Economiesuisse vertrat man stets die Meinung, der Markt werde es schon richten. Der Verband bekämpft die Abzockerinitiative und war lange auch gegen den Gegenvorschlag. Erst als die Verbandsstrategen ihre Felle davonschwimmen sahen, schwenkten sie auf den Gegenvorschlag ein.

Bühler nimmt in der «SonntagsZeitung» für sich in Anspruch, er habe schon 2006 exzessive Entschädigungen und Abgangshonorare gerügt. Die ganze Wahrheit ist: Bühler hat immer von «einzelnen Exzessen» gesprochen. Doch die Vasellas und Dougans sind keine Einzelfälle. Fast die ganze börsenkotierte Schweizer Wirtschaftsgemeinde segelt im Kielwasser der Millionenbezüge. Ob Lindt & Sprüngli oder Schindler, ob Kudelski oder Sonova, ob Swiss Life oder Clariant - die Manager ernten Millionen.

Es ist keine Lex Vasella

Dabei mischen die Exponenten des Wirtschaftsverbandes mit: Swiss-Life-Chef Bruno Pfister erhielt im Jahr 2011 eine Gesamtentschädigung von über 4 Millionen Franken. Gerold Bühler sitzt als Vizepräsident und als Mitglied des Entschädigungsausschusses im Verwaltungsrat. Clariant-Chef Hariolf Kottmann erhielt im letzten Jahr über 7 Millionen Franken. Verwaltungsratspräsident und Mitglied des Vergütungsausschusses ist Rudolf Wehrli.

In der aktuellen Debatte wird erneut versucht, die Abzockerei als Einzelfall Vasella kleinzureden. Bühler macht den Novartis-Präsidenten verantwortlich für den Fall, dass die Minder-Initiative angenommen werden sollte. Und FDP-Präsident Philipp Müller sagt: «Die Abzockerinitiative wird zur Lex Vasella.» Das ist reine Ablenkung von der Selbstbedienungsmentalität des Schweizer Wirtschafts-Establishments.

99,9 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer verstehen nicht, dass ein Mensch fürs Nichtstun 72 Millionen erhalten soll. Wer einen Mittelstandslohn von 100 000 Franken verdient, fragt sich zudem verständnislos, weshalb der Konzernchef der Swiss Life 40-mal und jener von Clariant 70-mal mehr bekommen soll. Kein Manager konnte das bis heute erklären.

«Es ist nichts Illegales»

Laut Professor Peter V. Kunz ist der Millionenvertrag rechtlich nicht angreifbar. Der öffentliche Druck bleibe aber nicht folgenlos.

Mit Peter V. Kunz sprach Stefan Schürer

Daniel Vasella erhält zum Abschied 72 Millionen Franken. Lässt sich das mit juristischen Mitteln korrigieren? Auf dem Rechtsweg lässt sich der Vertrag kaum infrage stellen. Die Vorschläge, die ins Spiel gebracht werden, zeugen alle von einer gewissen Hilflosigkeit.

Kritiker beanstanden, der Vertrag sei rechts- und sittenwidrig. So weit bekannt, haben die Parteien nichts Illegales vereinbart. Und allein die Geldsumme, um die es geht, macht einen Vertrag nicht sittenwidrig - vor allem bei einem Grosskonzern wie Novartis, für den 72 Millionen nicht wirklich viel Geld sind.

Laut Novartis wird Vasella für ein Konkurrenzverbot entschädigt. Handelt es sich nicht um eine versteckte Abgangentschädigung? Ein Konkurrenzverbot über sechs Jahre habe ich tatsächlich noch nie gesehen. Der Verdacht, dass es sich zumindest bei einem Teil der 72 Millionen um eine Abgangentschädigung handelt, drängt sich deshalb tatsächlich auf. Doch unabhängig davon, wie man den Vertrag bezeichnet: Er bleibt gültig. Denn auch eine Abgangentschädigung ist zulässig. Novartis hätte diese allerdings offenlegen müssen.

Vasellas Gegner drohen mit einer Strafanzeige. Das nützt in Bezug auf eine Rückerstattung gar nichts. Selbst wenn sich Vasella und die anderen Verwaltungsräte der ungetreuen Geschäftsbesorgung strafbar gemacht hätten, bliebe der Vertrag in Kraft. Vasella müsste höchstens eine Busse an den Staat zahlen.

Kann ein Aktionär das Geld via Aktienrecht zurückholen? Kaum. Das Risiko für einen einzelnen Aktionär, eine Verantwortlichkeitsklage einzureichen, ist zu gross. Unterliegt er, hat er die Prozesskosten zu bezahlen. Zudem profitiert der Aktionär ja nicht selber von der Klage. Das Geld würde an Novartis gehen.

Novartis könnte selber gegen den Verwaltungsrat Klage erheben. Das ist theoretisch zwar möglich, praktisch aber ausgeschlossen. Der Verwaltungsrat ficht doch nicht ein Vorgehen an, für das er selber verantwortlich ist. Und die Aktionäre können das Unternehmen rechtlich nicht zu einer Verantwortlichkeitsklage zwingen.

Peter V. Kunz
Der 48-Jährige ist Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern.



Für Leistungen, die in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Gegenleistung stehen, gibt es die Rückforderungsklage. Diese Klage nützt hier ebenfalls nichts. Die Leistung müsste nämlich zusätzlich im Missverhältnis zur wirtschaftlichen Lage von Novartis stehen. Für Novartis sind 72 Millionen wie gesagt aber nicht viel Geld. Zudem stellen sich die gleichen Probleme wie bei der Verantwortlichkeitsklage: Wer soll Klage erheben?

Einzelne Aktionäre wollen dem Verwaltungsrat an der Generalversammlung vom Freitag die Decharge verweigern. Die einzige Konsequenz der Verweigerung wäre, dass Novartis selber keine Verantwortlichkeitsklage mehr erheben kann gegen den Verwaltungsrat. Aber das wird ohnehin nicht passieren.

Es bleibt alles, wie es ist? Ich denke, Vasella und Novartis werden von sich aus auf den Vertrag zurückkommen. Der öffentliche Druck ist zu gross.